

AUSGABE 1 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetag fordert akute Nothilfe
für Krankenhäuser

Umbau der Innenstädte voranbringen

Staat und Kommunen organisieren
Hilfspakete für ukrainische
Kommunen

Stadtspitzen unterzeichnen
„Global Declaration of Mayors for
Democracy“

AUS DEN STÄDTEN

Köln: Pilotversuch zum Lastenrad-
Sharing

Würzburg: Müllsammeln mit Spaß

Münster-Osnabrück: Menschenkette
für den Frieden

FORUM

Lübeck geht los! – Mobilitätswende
schafft lebendige Orte

Akute Nothilfe für Krankenhäuser mobilisieren, Insolvenzen vermeiden

Die Städte appellieren an Bund und Länder, die Krankenhäuser und Notfallversorgung krisenfest aufzustellen und mit der Reform die strukturelle Unterfinanzierung zu beseitigen. Sie warnen vor Krankenhausinsolvenzen in den nächsten Monaten, wenn nicht schnell Hilfen vor Ort ankommen. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte nach den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes am 26. Januar in Chemnitz:

„Viele Krankenhäuser stehen mit dem Rücken zur Wand. Die höheren Kosten wegen der Inflation, zum Beispiel für Medizinprodukte und die steigenden Energiepreise können durch Fallpauschalen nicht refinanziert werden. Weil Personal fehlt, werden teilweise Stationen geschlossen und es können weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen werden. Etliche Krankenhäuser sind derzeit existenziell bedroht, jedes fünfte Haus ist absehbar insolvenzgefährdet.“

Die Kommunen müssen oft in Windeseile viele Millionen Euro zuschießen, damit die Versorgung der Menschen sichergestellt wird. Das kann nur eine Notlösung sein. Städte sind keine Ausfallbürgen, weil Bund und Länder ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und Defizite nicht ausgleichen. Jetzt müssen vor allem die versprochenen 6 Milliarden Euro des Bundes aus dem Härtefallfonds zügig und unbürokratisch vor Ort ankommen.“ Wichtig sei außerdem, dass neben den hohen Energiekosten, auch die gestiegenen Kosten für Lebensmittel, Medikamente und Material sowie die Erlösausfälle ausgeglichen werden. Wir bräuchten wirksame Sofortmaßnahmen, damit sich die Lage nicht dramatisch zuspitzt, unterstrich Jung.

Gemeinsame Krankenhausreform muss strukturelle Unterfinanzierung beseitigen

Die Städte stellen fest, dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland aktuell in weiten Teilen nicht in der erwarteten Qualität sichergestellt wird. Reformen der Krankenhausfinanzierung sind notwendig und überfällig. Es ist der richtige Weg, dass Bund und Länder gemeinsam die Krankenhausreform angehen und bis zum Sommer einen Referentenentwurf abliefern wollen. Die Städte erwarten außerdem, dass Bund und Länder sich unverzüglich über ein gemeinsames Konzept für eine funktionierende Krankenhausplanung verständigen. „Wir brauchen einen Plan,

TITELFOTO

Die Neugestaltung der Beckergrube...

... in der Hansestadt Lübeck gibt es bisher nur als Bildanimation. Doch die Idee soll bald Wirklichkeit werden. Welche positiven Veränderungen damit möglich und gewünscht sind, beschreibt ein Artikel in der Rubrik „Forum“ auf den Seiten 12-13 in diesem Heft.

Doch der vielerorts so notwendige Wandel der Innenstädte ist nur eine aktuelle Herausforderung. Was noch wichtig wird für die Städte 2023, aber auch Bedeutsames aus 2022 schildert Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, in einem aktuellen Interview mit der Online-Plattform #stadtvonmorgen.

➔ https://t1p.de/Dedy_StadtvonMorgen

(Animation: Hansestadt Lübeck, 1:1 Landskab, Kopenhagen, 2022)

Foto: Michael Bader



„Wir brauchen einen Plan, der die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherstellt und die gegebenen Realitäten berücksichtigt.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

der die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherstellt und die gegebenen Realitäten berücksichtigt, beispielsweise absehbar weniger verfügbare Fachkräfte. Dazu gehört auch frisches Geld im System, denn eine bloße Umverteilung beseitigt nicht die jahrelange strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser“, so Jung.

Stadtgrenze hinaus versorgen. Regionale Gesundheitsversorgung darf nicht aus städtischem Haushalt finanziert werden.

- Universitätskliniken und Großkrankenhäuser müssen als Maximalversorger gleich behandelt werden, es darf keine Sonderregeln für Uni-Kliniken geben.

Ambulante Versorgung bei Reform mitdenken

Die Städte halten es für erforderlich, dass Bund und Länder bei der Reform auch die ambulante Versorgung mitdenken. Der Städtetags-Vizepräsident forderte: „Die ambulante Versorgung hat vielerorts schon ihre Leistungsgrenzen erreicht. Gerade die ambulante Notfallversorgung stand in den vergangenen Wochen zum Teil vor einem Kollaps. Zentrales Problem sind immer mehr Einsätze bei gleichzeitiger Personalnot. Schon jetzt fangen die Krankenhäuser die Defizite der ambulanten Strukturen auf, obwohl sie keinen Auftrag haben und Leistungen nicht refinanziert werden. Deshalb müssen Bund und Länder auch die ambulanten Strukturen reformieren. Es wäre widersinnig, wenn bestimmte Krankenhäuser schließen müssen, obwohl die Leistungsfähigkeit der Arztpraxen im ländlichen Raum und in manchen großstädtischen Quartieren weiter abnimmt. Die Häuser könnten dort als zentrale ambulante Versorgungszentren sinnvoll genutzt werden.“

Konkret fordern die Städte:

- Die Vorhaltekosten müssen mindestens in Höhe von 60 Prozent angesetzt werden. Allein das Pflegebudget macht ungefähr 30 Prozent aus. Die empfohlenen 40 Prozent reichen nicht, um strukturelle Unterfinanzierung zu beseitigen. Dazu gehört auch die vollständige Refinanzierung der künftigen Kostensteigerungen sicherzustellen.
- Es muss eine Reform der mangelhaften Investitionsfinanzierung der Länder geben. Der Bund sollte mit eigenen Haushaltsmitteln in die Investitionsfinanzierung einsteigen.
- Die unausweichliche Reduzierung der Krankenhausstandorte muss geplant und langfristig erfolgen. Ungeplante Schließungen durch Insolvenzen müssen vermieden werden.
- Bund und die Länder müssen Defizite der kommunalen Krankenhäuser auffangen, die eine ganze Region weit über die

Umbau der Innenstädte voranbringen – Bund und Länder müssen Neuausrichtung wirksamer fördern

Die Städte sorgen sich, dass die Energiekrise und der aktuelle Konjunkturunbruch die schon gestartete Neuausrichtung der Innenstädte ausbremsen. Gleichzeitig sehen die Städte viel Potenzial in einer grünen Innenstadtentwicklung. Deshalb sollten Bund und Länder die Rahmenbedingungen für attraktive Innenstädte verbessern und ihre Innenstadt-Programme stärker darauf ausrichten. Das machte Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes am 26. Januar in Chemnitz deutlich:

Innenstädte und Ortskerne stabilisieren

„In vielen Innenstädten und Ortskernen ist die Situation schwierig, teilweise ange-

spannt: hohe Energiepreise und der Einbruch der Kaufkraft durch Inflation folgen auf Corona-Schließungen. Und der Online-Handel wächst weiter. Früher erfolgreiche Konzepte haben heute keine Überlebenschance. Unsere Innenstädte müssen sich deshalb neu erfinden.

Wir wollen mehr Möglichkeiten für Begegnung und Erlebnis bieten, mit einer höheren Aufenthaltsqualität. Nutzungsvielfalt, saubere, einladende öffentliche Räume, mehr Grün und Wasser in der Stadt sind dafür zentral. Die Menschen wünschen sich Orte zum Ausruhen und Verweilen. Mehr grüne und blaue Infrastruktur zahlt zugleich auf den Umbau zur klimagerechten Stadt ein. Damit das gelingen kann, fordern wir Bund und Länder auf, ihre Innenstadt-Programme darauf auszurichten“, so Kufen.

Lübeck: Seit dem Jahr 2020 steht der ehemalige Karstadt Sport-Komplex in Lübecks historischer Altstadt leer. Im November 2022 hat die Stadt die Immobilie gekauft. Ziel ist, das ehemalige Kaufhaus zukünftig für Schulräume der Innenstadt-Gymnasien, Start-ups und Hochschulen im Sinne eines Mixed-Use-Konzeptes zu nutzen. Ein umfassender Umbau ist dafür nötig. Mindestens die unteren Geschosse sollen dabei öffentlich zugänglich bleiben. Das Gebäude ist mit dem weiterhin betriebenen Warenhaus nebenan räumlich verbunden. Auch die Phase vor dem Umbau soll kurzfristig mit einer öffentlichkeitswirksamen Zwischennutzung gestaltet werden.



Fotos: LTM, Olaf Malzahn





Freie und Hansestadt Hamburg:

Die Filiale von Karstadt Sport in der Mönckebergstraße steht seit dem Jahr 2020 leer. Das Gebäude wird aktuell als Ausstellungsfläche für Kunst, Mode, Produktdesign als Projekt „Jupiter“ zwischengenutzt. Das Programm „Frei_Fläche: Raum für kreative Zwischennutzung“, über das die Nutzung realisiert werden konnte, wird von der Stadt Hamburg finanziert. Den Immobilieneigentümern sollen so Möglichkeiten der Gebäudenutzung nach dem Auszug des Einzelhandels aufgezeigt werden. Die Ausstellungsflächen werden für 1,50 € pro qm durch die Hamburg Kreativ Gesellschaft vergeben.

Trotz vieler Bemühungen der Städte verlieren viele Innenstädte aktuell weiter an Attraktivität. Läden und ganze Gebäude stehen teilweise leer. Studien, wie die „Deutschlandstudie Innenstadt 2022“ der CIMA GmbH zeigen: Die Bedeutung des Einkaufens schwindet, besonders für die unter 30-Jährigen. Viele andere Faktoren werden wichtiger. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung, für neue und gemeinsame Ideen in den Städten ist das kluge Zusammenwirken vieler Akteure vor Ort maßgeblich.

Neues Leben in alten Häusern: Von Kaufhausschließung bedrohte Standorte fördern

Die möglichen weiteren Schließungen von Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof werden die Innenstädte vor Ort hart treffen, denn die Filialen sind zentrale Ankerpunkte. „Viele Städte bangen und kämpfen, um den Erhalt ihrer Kaufhäuser. Nicht überall wird es gelingen. Städte, die davon getroffen werden, brauchen deshalb schnelle und gezielte

Osnabrück: Mit dem „Osnabrücker Ding“ soll im Herzen der Friedensstadt ein neuer urbaner Erlebnisraum entstehen, der auf 20.000 qm Co-Working, Start-ups oder Pop-Up-Stores flexibles Arbeiten in herausragender Infrastruktur bietet. Mit Event-, Meeting-, Fitness- sowie E-Sport- und Gaming-Flächen sollen Freizeit- und Arbeitsangebote geschaffen werden, die nachhaltig zur Wiederbelebung der Innenstadt beitragen. Als großer Ankermieter soll zudem die Uni Osnabrück „Kunst/Kunstpädagogik“ und „Textiles Gestalten“ lehren.



Fotos: Invest



Fotos: Universität Siegen



Siegen: Im ersten Schritt der Umsetzung der Zweistandortstrategie der Universität Siegen (Berg-Campus, Stadt-Campus) wurde durch Umbau, Aufstockung und teilweise Umnutzung das ortsansässige Karstadt-Gebäude mit einem modernen Hörsaalzentrum im Obergeschoss kombiniert. Das Kooperationsprojekt „Siegen. Wissen verbindet“ von Stadt und Universität sieht als nächsten Schritt die Umsiedlung zweier weiterer Fakultäten in die Innenstadt vor. Dazu wurde ein Masterplan zur Umsetzung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2021 aufgestellt. Zudem sollen ein ehemaliges, teilweise leerstehendes Kaufhaus und ein ehemaliges aufgegebenes Möbelhaus in der Stadtmitte ebenfalls für universitäre Zwecke umgenutzt werden.

Hilfe, um Alternativen zu entwickeln“, sagte Oberbürgermeister Kufen. Er fordert konkret: „Wir wollen, dass die von Galeria Karstadt Kaufhof-Schließungen betroffenen Städte auch nachträglich noch Förderanträge für das ‚Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren‘ einreichen können.“ Außerdem solle der Bund unbedingt prüfen, ob der Zwischenerwerb von Großimmobilien in Einzelfällen förderfähig werden kann.

In etlichen Städten gibt es bereits konkrete Ideen, Pläne oder bereits umgesetzte Projekte, wie ehemalige Kaufhäuser wieder mit Leben gefüllt werden können: als Universitätsstandort oder Schule, mit Start-ups, Kultur oder Bürgerservice, als Mehr-Generationenhaus oder Wohn-Areal (Beispiele aus Städten siehe Anlage).

Die Städte drängen außerdem, dass der Bund die fast ein Jahr verspätet bereitgestellten Mittel des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ von 250 Millionen Euro über 2023 hinaus zur Verfügung stellt. Denn immer noch gibt

es Lieferschwierigkeiten und mangelt es teilweise an Material und Personal. Das wird einen fristgerechten Abruf der Mittel erheblich erschweren oder womöglich sogar unmöglich machen.

Best-Practice-Plattform „unsere stadimpulse“ finanzieren

Die Best-Practice-Plattform

➔ <https://unsere-stadtimpulse.de> hilft den Städten bei der Entwicklung neuer Innenstadtkonzepte vor Ort. Sie zeigt kostenlos Praxisbeispiele, an denen sich andere Städte orientieren können. Die Förderung der Plattform ist jedoch zum Jahresende 2022 ausgelaufen. „Die Erfolge der Plattform dürfen nicht einfach verspielt und die geknüpften Verbindungen zwischen Städten und Innenstadtkakteuren auf Eis gelegt werden. Das Portal hat sich bewährt und sollte fortgeführt werden. Wir möchten deshalb, dass das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die weitere Finanzierung übernimmt“, so Kufen.

LIEBE STADTRÄTE,

**LIEBE BÜRGER-
MEISTERINNEN,**

**DANK EUCH FIT FÜR DIE ZUKUNFT:
MIT WÄRMEPUMPEN, WÄRMENETZEN
UND SOLARENERGIE.**

Für diese Maßnahmen gibt es staatliche
Förderungen: energiewechsel.de

**»» 80 MILLIONEN GEMEINSAM FÜR
ENERGIEWECHSEL**



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Hilfspakete für ukrainische Kommunen: Staat und Kommunen Hand in Hand

Von Sabine Drees

Alltagsleben in der Ukraine trotz des russischen Angriffskrieges möglich machen: Dieses Ziel verfolgt das Programm „Kommunale Direkthilfe für Solidaritätspartnerschaften mit der Ukraine (KomDirekt)“. Für die schnelle und praktische Hilfe vor Ort können Hilfspakete wie „Kommunalfahrzeuge“, „Kinder- und Jugendschutz“ oder „Medizinische Geräte“ geordert werden – von deutschen für ukrainische Städten. Rettungswagen und Feuerwehrfahrzeuge, Öfen und Generatoren, Baumaterial, aber auch Laptops und Technik, um den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, gehören dazu.

Mehrebenenzusammenarbeit für ukrainische Kommunen

Beteiligt an dem Projekt sind 30 Städte, Gemeinden und Kreise und ihre jeweiligen Partner in der Ukraine, der Deutsche Städtetag, die internationale Städteplattform Connec-

tive Cities und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Die Fäden in der Hand hält Markus Lampe, der für die GIZ die Güter beschafft. Finanziert wird das Vorhaben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Ziel ist es, dringend benötigte Hilfspakete für ukrainischen Kommunen bereitzustellen. Bis Ende 2022 wurden die meisten Hilfsgüter im Wert von 3,6 Millionen Euro ausgeliefert. Die Summe wurde auf die beteiligten 30 deutschen Kommunen aufgeteilt. Die Hilfsgüter werden dabei von der GIZ eingekauft und deutschen Kommunen übereignet. Welche Hilfspakete benötigt



werden, stimmen die deutschen Kommunen innerhalb ihrer Partnerschaften selbst ab, danach wird bei Beschaffer Lampe bestellt. „Besonders beeindruckt hat mich das Engagement und auch die Kreativität der beteiligten Kommunen“, sagte Lampe, bei dem seit Wochen das Telefon nicht still steht. Für die Auslieferung und Logistik sind die deutschen Kommunen zuständig. Die meisten liefern direkt an ihre ukrainischen Partnerkommunen. Andere binden in den Prozess polnische Partnerkommunen ein. Dies hat beispielsweise Vorteile bei der Verzollung. Durch die Eigentumsübertragung an die deutschen Kommunen wird gewährleistet, dass die Hilfen ohne Umwege von Kommune zu Kommune ankommen. Was ist das Besondere? Normalerweise ist die ukrainische Zentralregierung Verhandlungspartner der Bundesregierung. Die Bundesregierung kann aber nicht die ukrainische Regierung „übergehen“ und direkt an Kommunen aus der Ukraine liefern. Die ukrainische Regierung müsste zentral die Hilfspakete an ukrainische Kommunen verteilen. Das wiederum zöge nach Auffassung von Experten einen längeren Verteilungs- und Abstimmungsprozess nach sich. Das BMZ möchte die Hilfspakete schnell und unbürokratisch dorthin bringen, wo sie benötigt, werden – über deutsche Kommunen zu den ukrainischen Kommunen.

Städte arbeiten gegen russische Zerstörung der Infrastruktur

Die erste Phase begann letztes Jahr im Sommer vor Einbruch der Kälte in der Ukraine. Damals wurden schon Heizöfen eingekauft, um die harten Folgen des Winters in der Ukraine abzumildern. Hinzu kommt, dass der russische Aggressor gezielt Infrastruktur zerstört, die der Versorgung der Bevölkerung dient. Ein klarer Verstoß gegen das Genfer Abkommen von 1907, das beinhaltet, dass die Bevölkerung aus Kampfhandlungen herausgehalten werden muss. Um die Menschen zu schützen, unterstützen deutsche Städte ihre

Partnerstädte, die die zerstörte Infrastruktur aufbauen, ersetzen oder reparieren. Die Stadt Mannheim hat unter anderem 74 Heizgeräte nach Czernowitz liefern lassen, damit die Stadt „Wärmepunkte“ einrichten kann. Czernowitz, wie auch weite Teile der Ukraine, leiden derzeit unter massiven Ausfällen der Strom- und Wärmeversorgung. Daher werden aktuell landesweit Wärmeorte in Verwaltungsgebäuden, Schulen und Zelten aufgebaut, die allen Bürgern offenstehen. Auch die Stadt Saporishja – Partner der Stadt Oberhausen – hat Heizöfen bekommen, weil die Strom- und Heizungsversorgung der Stadt immer wieder durch russische Angriffe beeinträchtigt worden ist. Hannover schickt Radlager, Rettungswagen und Transporter ins kriegszerstörte Mykolajiw. In der Stadt Winnyzja halten sich rund 44.000 Binnenflüchtlinge auf. Münster hat für die Stadt im Westen der Ukraine aus dem Hilfspaket „Versorgung und Verpflegung“ vier Modulküchen, haltbare Lebensmittel und Geschirr bestellt und an die Partnerstadt geliefert.

Was ändert sich 2023? Der Krieg dauert an und die Hilfspakete „Flüchtlinge“, „Schulkinder“, „Medizinprodukte“ und „Kommunalfahrzeuge“ bleiben voraussichtlich bestehen. „Kälteschutz“ wird entfallen, weil die nächsten Auslieferungen im Frühjahr erfolgen. Dafür gibt es als neue Angebote die Hilfspakete „Bauhofausstattung“ mit Kippen, Kranen und Hubarbeitsbühnen sowie „Beleuchtung“. Letzteres ist nach den vielen Raketenangriffen, die Stadtteile in völlige Dunkelheit versenken, auch für die Sicherheit erforderlich. Zurzeit werden die ukrainischen Kommunen gefragt, was sie benötigen. Die Anzahl der beteiligten Kommunen wird auf 50 erhöht, das Budget soll auf 7,5 Millionen Euro steigen. Interessierte Städte können sich bei der Geschäftsstelle melden: sabine.drees@staedtetag.de

Sabine Drees
Referentin Deutscher Städtetag



„Die städtische Diplomatie schafft gerade in Zeiten der Krise Verständigung über Grenzen, Regime und Konflikte auf nationaler Ebene hinweg.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Stadtspitzen unterzeichnen „Global Declaration of Mayors for Democracy“

GMF Cities, der Pakt der freien Städte und das Global Parliament of Mayors haben eine „Global Declaration of Mayors for Democracy“ aufgesetzt. Mit der Initiative bekennen sich die Städte als Verfechter der Demokratie und als Zentren demokratischer Entwicklungen.

Mittlerweile haben sich weltweit mehr als 100 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zu der Erklärung bekannt. Auch Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster und Präsident des Deutschen Städtetages, hat die Erklärung unterzeichnet und erklärt:

„Weltweit sind freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Werte gefährdet. Die deutschen Städte stellen sich dieser Entwicklung entschieden entgegen und setzen sich vor Ort und im Ausland für die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Städtepartnerschaften und andere Formen der internationalen kommunalen Zusammenarbeit sind wichtige Instrumente, um die demokratischen Werte weltweit zu verteidigen. Die städtische Diplomatie schafft gerade in Zeiten der Krise Verständigung über Grenzen, Regime und Konflikte auf nationaler Ebene hinweg.“

Aus Deutschland haben unter anderem unterschrieben:

- Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Düsseldorf
- Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe
- Oberbürgermeister Peter Kurz, Mannheim
- Oberbürgermeister Werner Arndt, Marl
- Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster
- Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger, Neu-Ulm
- Oberbürgermeister Gunter Czisch, Ulm

Die unterzeichnenden Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister unterstreichen durch ihre Unterzeichnung der Erklärung ihren uneingeschränkten Einsatz für die Stärkung der Demokratie, für freie Wahlen zu Hause und im Ausland und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit auf allen Regierungsebenen. Der Deutsche Städtetag unterstützt die Erklärung.

➔ www.gmfus.org/mayorsfordemocracy



Foto: KVB-Pressbild, Maya Claussen



Köln: Zweijähriger Pilotversuch zum Lastenrad-Sharing gestartet

Die E-Lastenräder sind per App buchbar und kosten 9 Cent pro Minute. Wer eine ÖPNV-Zeitkarte der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) hat kann jede Woche sogar 90 Minuten kostenlos damit fahren. Das Angebot ist Teil eines Pilotversuchs mit 15 E-Lastenrädern an 15 Stationen in den drei Stadtteilen Deutz, Nippes und Neubrück. Anschließend ist ein kommunales Sharing-Angebot mit 200 Lastenrädern geplant.

➔ www.kvb-lastenrad.koeln

Würzburg: Müllsammeln mit Spaß

Drei Wochen hatten die Sportvereine in Würzburg anlässlich des World-Clean-Up-Day Zeit, Müll zu sammeln und bei der Stadt dafür Beweisfotos für einen Wettbewerb einzureichen. Mitarbeitende der Umweltstation und des Fachbereichs Sport kürten das Bild des Vereins Capoeira Kampfkunst Würzburg als das schönste Foto der Sammelaktion.

➔ www.wuerzburg.de



Foto: Annika Kreikenbohm

Münster-Osnabrück: Menschenkette für den Frieden

Am 24. Februar, dem Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine, soll eine Menschenkette zwischen den Städten Münster und Osnabrück gebildet werden. Sie erinnert an die Friedensreiter, die während der Verhandlungen zum Westfälischen Frieden diese Wege geritten sind. Mit der Menschenkette soll ein Zeichen gegen kriegsartige Auseinandersetzungen weltweit gesetzt und der Wunsch nach Frieden ausgedrückt werden.

➔ www.friedenskette23.de



Lübeck geht los! – Mobilitätswende schafft lebendige Orte

Von Alexander Matzka und Dr. Julia Lindfeld

Die letzten Jahre haben eindrucksvoll veranschaulicht, dass unseren Innenstädten eine Zeitenwende bevorsteht. Die lange gelebte Tonalität autofreundlicher Einzelhandelsstandorte hat eine ernsthafte Absage erhalten. Die Türen für resiliente und zukunftsfähige Urbanität sind (wieder) geöffnet. Was allerdings in der breiten gesellschaftlichen Debatte große Resonanz auszulösen scheint, ist in der kommunalen Praxis weniger selbstverständlich. Innerstädtischen Strukturwandel, Klimaanpassung, Mobilitätswende, Energiekrise zu nachhaltigem Städtebau zu vereinen, ist komplex.

Die Beckergrube im UNESCO-Welterbe Lübecker Altstadt erscheint in diesem Kontext ein nennenswertes Beispiel. War die Straße 2019 noch eine dominante Verkehrsachse des Typus „Nachkriegsbebauung“, erscheint diese seit 2020 neu. Im Zuge eines Verkehrsversuchs wurden Freiräume und Verkehrsflächen neu aufgeteilt. Mit mobilem Stadtgrün, popartigen Sitzmöbeln und einer Vielzahl an Fahrradmodulen auf den zurückgewonnenen Flächen entstand übergangsweise ein urbanes Gleichgewicht. Hierzu ergingen verkehrliche Änderungen, die den Umweltverbund priorisieren, Tempo 20 vorsehen und den Durchgangsverkehr unterbinden.

Junge Initiativen haben sich den neuen Raum zunutze gemacht und ein Urban Gardening-Projekt sowie Musik- und Tanzveranstaltungen im Freien ins Leben gerufen. Die Verkehrsbewegungen reduzierten sich von

6.900 auf 3.000 Kfz/Tag. Neue Geschäfte siedelten sich an. Eine „wirkliche“ Neugestaltung der Beckergrube wurde Gesprächsstoff in der Stadt.

Ein gegründeter Beirat aus Anliegerinnen und Anliegern, der TH Lübeck und einer kritischen Fachwelt sind von Beginn konstruktive Begleiter. Mit der Aufnahme des Projekts in das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus 2021“ und dem Deutschen Verkehrsplanungspreis 2022, verliehen durch die SRL e.V. in Kooperation mit dem VCD, erhält das Projekt wertvolle Unterstützung.

Der dialogische Prozess hilft, die originäre städtebauliche Aufgabe einer Stadtgesellschaft zugänglich zu machen und Erwartungen einzuordnen. Die fachliche Aufgabe zu lösen, muss jedoch Fokus von Planung bleiben. Auch in der Beckergrube sind die wohl mächtigsten Hürden fachliche Themen. Die technische Infrastruktur und Archäologie in einer historischen Stadt, der Denkmalschutz, der Brandschutz und verkehrliche Belange stehen eher im Widerspruch zu mehr Stadtgrün, ebenso wie sich 450 Busbewegungen am Tag nicht unbedingt positiv auf die Gestaltung von Freiräumen auswirken. Es braucht eine fachliche Haltung von Verwaltung und Politik. So wurde festgehalten, dass der ÖPNV in seiner Dimension maßgebend bleibt, dass der Anliegerverkehr und die Reisebusse nicht weiter eingeschränkt, Parkplätze aufgehoben, aber sechs flexible Ladezonen umgesetzt werden und ein Platz



vor dem Stadttheater entgegen ersten Überlegungen aus denkmalpflegerischen Aspekten verworfen wird.

Anschließend wurde ein freiraumplanerischer Wettbewerb ausgelobt. Das Preisgericht hat sich für die Idee einer grünen und zugleich steinernen Beckergrube, die auf Erdgeschossnutzungen reagiert und An eignungsflächen vorsieht, entschieden. Mit Blick auf die Gegebenheiten im Untergrund und die Anforderungen an den Brandschutz eine mutige Entscheidung. Aber eine Botschaft an die Planerinnen und Planer von 1:1 Landskab, Kopenhagen, gleichzeitig mit Stringenz und Pragmatismus alle Optionen für mehr Stadtgrün auszuloten und zu nutzen.

Die Themen Mobilitätswende, Klimaanpassung und innerstädtischer Strukturwandel sind in einem experimentellen Rahmen in

das Zielbild eines urbanen Raums überführt, der die Grundlage für resiliente Strukturen bilden kann. Nun gilt es, die konkrete Planungsaufgabe in kooperierender Weise in den Fokus zu stellen. Der städtebauliche Erfolg liegt in den Händen der Planungsgemeinschaft, die angehalten ist, die vielfältigen und noch teils widersprüchlichen Belange in die Idee einer grünen Beckergrube zu integrieren. Parallel ist es an Verwaltung und Politik, eine Straßengemeinschaft zu unterstützen und einer guten Idee weiterhin einen fruchtbaren Boden zu gewähren. In einer UNESCO-Welterbestätte eine große und verantwortungsvolle Arbeit.

Alexander Matzka
Abteilungsleiter Stadtteilplanung
Hansestadt Lübeck

Dr. Julia Lindfeld
Projektleiterin Stadtteilplanung
Hansestadt Lübeck



POLIS AWARD 2023: Jetzt bewerben!

Noch bis zum 10. März können Städtebau-Projekte für den Polis Award vorgeschlagen werden, die über ihren eigenen Rahmen hinaus einen Beitrag für das öffentliche Wohl einer Stadt leisten. Die Awards werden in sieben Kategorien und in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur vergeben.

➤ www.polis-award.com

VKU-Verlag veröffentlicht Handbuch zur Daseinsvorsorge

Welche Auswirkungen haben Klimawandel, knapper werdende Ressourcen oder auch die Corona-Pandemie auf die Daseinsvorsorge? Bei Fragen wie diesen, kann der Blick in das Handbuch Daseinsvorsorge lohnen. 36 Fachbeiträge behandeln in dem Übersichtswerk Themen von A wie Abfall-Kreislaufwirtschaft über Bibliotheken, Digitalisierung, Kritische Infrastrukturen und Schwimmbäder bis hin zu Verwaltung und Zivilgesellschaft.

➤ www.vku-verlag.de



Winterhilfe Ukraine: Energiegeneratoren und Schulbusse gesucht

Die EU-Kommission ruft mit der Initiative „Generators of Hope“ Städte zur Spende von Stromgeneratoren und Transformatoren auf. Die Generatoren sollen helfen, Krankenhäuser, Schulen, Hilfszentren und Notunterkünfte mit Energie zu versorgen. Mit einer weiteren Solidaritätskampagne ruft die EU-Kommission außerdem öffentliche und private Einrichtungen auf, Busse für ukrainische Schulkinder zu spenden.

➤ https://t1p.de/Generatoren_spenden

➤ https://t1p.de/Schulbusse_spenden

Geburtstage



Foto: Walter Scherstein

Marc Buchholz, Oberbürgermeister der Stadt Mülheim an der Ruhr, feiert am 10. März seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Mülheim.



Foto: Andreas Tauber

Bürgermeisterin **Ines Hübner**, Stadt Velten, begeht am 2. März ihren 60. Ehren- tag. Die Sozialdemokratin leitet die Geschicke der Stadt Velten bereits seit 2010.



Foto: Hansestadt Herford

Der Bürgermeister von Herford, **Tim Kähler**, wird am 14. März 55 Jahre alt. An der Spitze der Stadt Herford steht der Sozialdemokrat seit 2014.



Foto: Stadt Leipzig, Michael Bader

Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, feiert am 7. März seinen 65. Geburtstag. Der Sozialdemokrat ist seit 2006 ins Spitzenamt der Stadt Leipzig gewählt. Seit 2021 engagiert er sich als Vizepräsident des Deutschen Städtetages, zuvor war er von 2019 bis 2021 Präsident und ab 2013 bis 2019 Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Jung engagiert sich bereits seit 2007 im Präsidium und seit 2006 im Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes.



Foto: JoMagrean

Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen** (Bündnis 90/Die Grünen), Stadt Aachen, begeht am 14. März ihren 60. Ehren- tag. Sie steht seit 2020 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2021 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Der Oberbürgermeister von Esslingen am Neckar, **Matthias Klopfer**, wird am 14. März 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2021.



Foto: Erin Scharnke

Ansgar Scharnke (partei- los), Bürgermeister der Stadt Neuenhagen bei Berlin, feiert am 15. Februar seinen 50. Geburts- tag. Er steht seit 2018 an der Spitze der Stadt.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de